



POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Frau
Ulla Jelpke, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 22. November 2016

BETREFF **Schriftliche Frage Monat November 2016**

HIER Arbeitsnummer 11/115

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Dr. Günter Krings

Schriftliche Frage der Abgeordneten Ulla Jelpke
vom 14. November 2016
(Monat November 2016, Arbeits-Nr. 11/115)

Frage

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Kontakte von Mitgliedern der rockerähnlichen Gruppierung Osmanen Germania zum türkischen Geheimdienst, und inwieweit liegen der Bundesregierung Hinweise auf geplante Gewaltaktionen von Mitgliedern der Osmanen Germania gegen kurdische und andere politische Gegner des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Deutschland vor (<http://www.bild.de/regional/frankfurt/motorradclub/gross-razzia-gegen-tuerken-rocker-48666118.bild.html>)?

Antwort

Die Frage nach Erkenntnissen zu möglichen Kontakten von Mitgliedern der rockerähnlichen Gruppierung Osmanen Germania zum türkischen Geheimdienst, die im Rahmen der aktuellen Medienberichterstattung über jüngste Exekutivmaßnahmen im Zusammenhang mit dieser Gruppierung thematisiert worden sind, ist Gegenstand eines laufenden Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Darmstadt. Zu laufenden Ermittlungsverfahren der Landesstaatsanwaltschaften äußert sich die Bundesregierung aufgrund der nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes bestehenden Zuständigkeit der Landesbehörden nicht.

Der Bundesregierung liegen keine konkreten Erkenntnisse vor, dass Mitglieder der Gruppierung Osmanen Germania Gewaltaktionen gegen kurdische oder andere politische Gegner des türkischen Präsidenten in Deutschland planen. Gleichwohl können derartige Entwicklungen abhängig von der weiteren Lageentwicklung in der Türkei für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden.